



**einfach
POLITIK:**

Einmischen. Mitentscheiden.

Wie ich in der Politik mitmachen kann.



Heft in einfacher Sprache



bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

DEMOKRATIE

braucht

INKLUSION



➔ So lesen Sie dieses Heft

Inhalt

- | | |
|---|---------|
| 1. Im Inhaltsverzeichnis sehen Sie das Thema in einem Kapitel. | Seite 1 |
| 2. Welches Thema interessiert Sie?
Sie können die Kapitel einzeln lesen. | Seite 2 |

Blaue Kästen

In den blauen Kästen erklären wir zusätzliche Themen.

→ **Blauer Kasten**

Hier werden zusätzliche Themen erklärt.

Sie verstehen den Text auch, wenn Sie die Kästen nicht lesen.

Fett gedruckte und gelb markierte Schrift

Fett gedruckt sind die Wörter, die wir erklären.

Gelb markiert sind wichtige Sätze.

Inhalt

So lesen Sie dieses Heft	Seite 3
Vorwort	Seite 5
1. Was ist Politik?	Seite 6
2. Warum braucht es Regeln, die für alle gelten? Regeln in ganz Deutschland, in den Bundesländern und den Städten	Seite 10
3. Deutschland ist eine Demokratie	Seite 13
4. Demokratie braucht Einmischung	Seite 16
5. Menschen in Deutschland können etwas ändern Die „Ehe für alle“ Schwimmbadstreit in einer Stadt Fairer Handel	Seite 17
6. Einmischen im Alltag Sicherer Schulweg Sich einmischen in Gesprächen Projekte gegen die Ausgrenzung von Menschen Politik im Internet: Information und Austausch Falschmeldungen im Internet	Seite 24
7. Gemeinsam mehr erreichen Demonstrationen Vereine und Verbände Jugendvereine und Jugendverbände Mitmachen in einer Partei	Seite 34
8. Entscheidungen in Staat und Gemeinde Wahlen: Bürger und Bürgerinnen entscheiden Mitentscheiden im Rat oder Kreistag Andere Möglichkeiten, sich einzubringen Die Ausnahme: Politik als Beruf	Seite 44
9. Wer macht alles Politik und was hat das mit mir zu tun?	Seite 50

Vorwort

Politik ist, wenn Menschen sich auf gemeinsame Regeln einigen.
Menschen machen Politik, wenn sie ihr Zusammenleben regeln.

Deutschland ist eine Demokratie.

Demokratie ist, wenn Menschen gemeinsam Politik machen.
In einer Demokratie entscheiden die Menschen gemeinsam.

Demokratie betrifft alle Menschen in Deutschland:

- Jede Person kann sich einmischen.
- Jede Person kann ihre Meinung sagen.
- Jede Person kann Vorschläge machen.

Vielleicht haben Sie trotzdem das Gefühl:

Ich kann nichts ändern. Meine Meinung zählt nicht.

Aber vieles hat sich geändert,
weil Bürger und Bürgerinnen sich eingemischt haben.

Für die Demokratie ist wichtig,

dass Menschen sich einmischen und mitentscheiden.

Alle haben das Recht dazu.

Sie können zum Beispiel wählen gehen.

Es gibt noch viele andere Möglichkeiten:

- Sie können in einem Verein oder einer Partei mitmachen.
- Sie können mit Ihrem Bürgermeister sprechen.
- Oder Sie können mit anderen über Ihre Meinung reden.

So machen Sie Politik.

1. Was ist Politik?

Vielleicht denken Sie bei dem Wort „Politik“ an den Bundestag.
Oder Sie denken an unterschiedliche Parteien.
Zu Politik gehört aber vieles mehr.

Politik beginnt in Ihrem Alltag.

Manchmal machen Sie etwas zusammen mit mehreren Personen.
Dann sind Sie eine Gruppe.
Wenn Sie etwas tun, betrifft das auch die anderen in der Gruppe.
Sie können dort nicht einfach allein entscheiden.

Vielleicht wohnen Sie in einer Wohngemeinschaft.
Die Abkürzung für Wohngemeinschaft ist WG.
Wenn Sie in einer WG nicht abwaschen,
sehen auch die anderen das schmutzige Geschirr.
Und es ist kein sauberes mehr da.

Sie können in einer Gruppe von Menschen
nicht immer machen, was Sie wollen.

Damit alle gut zusammenleben können,
sind Regeln wichtig.

An diese Regeln müssen sich alle halten.

Politik in der Wohngemeinschaft

Auch die Menschen in der WG brauchen Regeln.
Mit den Regeln können alle gut zusammenleben.
Die WG entscheidet gemeinsam über die Regeln.
Der Putzplan ist ein Beispiel für **Regeln in der WG:**

→ **Regeln für das Zusammenleben**

Eine WG braucht Regeln darüber,
wann geputzt wird oder wer den Müll rausbringt.

Absprachen gelten für die ganze WG.

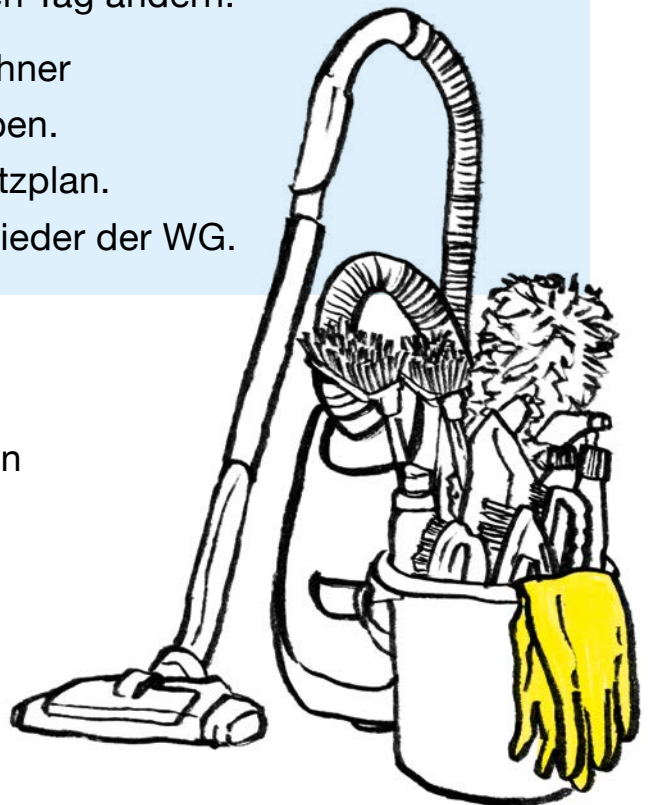
Man kann die Absprachen nicht jeden Tag ändern.

Die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner
machen Regeln für ihr Zusammenleben.

Sie schreiben zum Beispiel einen Putzplan.

Der Putzplan gilt auch für neue Mitglieder der WG.

Man kann sagen: Hier beginnt Politik.
Die Mitbewohner und Mitbewohnerinnen
machen Politik in ihrer WG.



Die Mitbewohner und Mitbewohnerinnen sprechen und streiten über die Regeln in der WG.

Und sie entscheiden gemeinsam über die Regeln.

Die Regeln gelten dann für alle Mitglieder der WG.

Das ist ähnlich wie im Bundestag.

Auch im Bundestag wird über Regeln gesprochen und diskutiert.

Im Bundestag wird über Regeln entschieden,

die für alle Menschen in Deutschland gelten.

Diese Regeln heißen zum Beispiel **Gesetze**.

Menschen machen Regeln

oder treffen Entscheidungen in vielen Gruppen:

In der Wohngemeinschaft, in Vereinen, im Stadtrat oder woanders.



→ **Was ist Politik?**

Politik ist Handeln in Gruppen von Menschen.

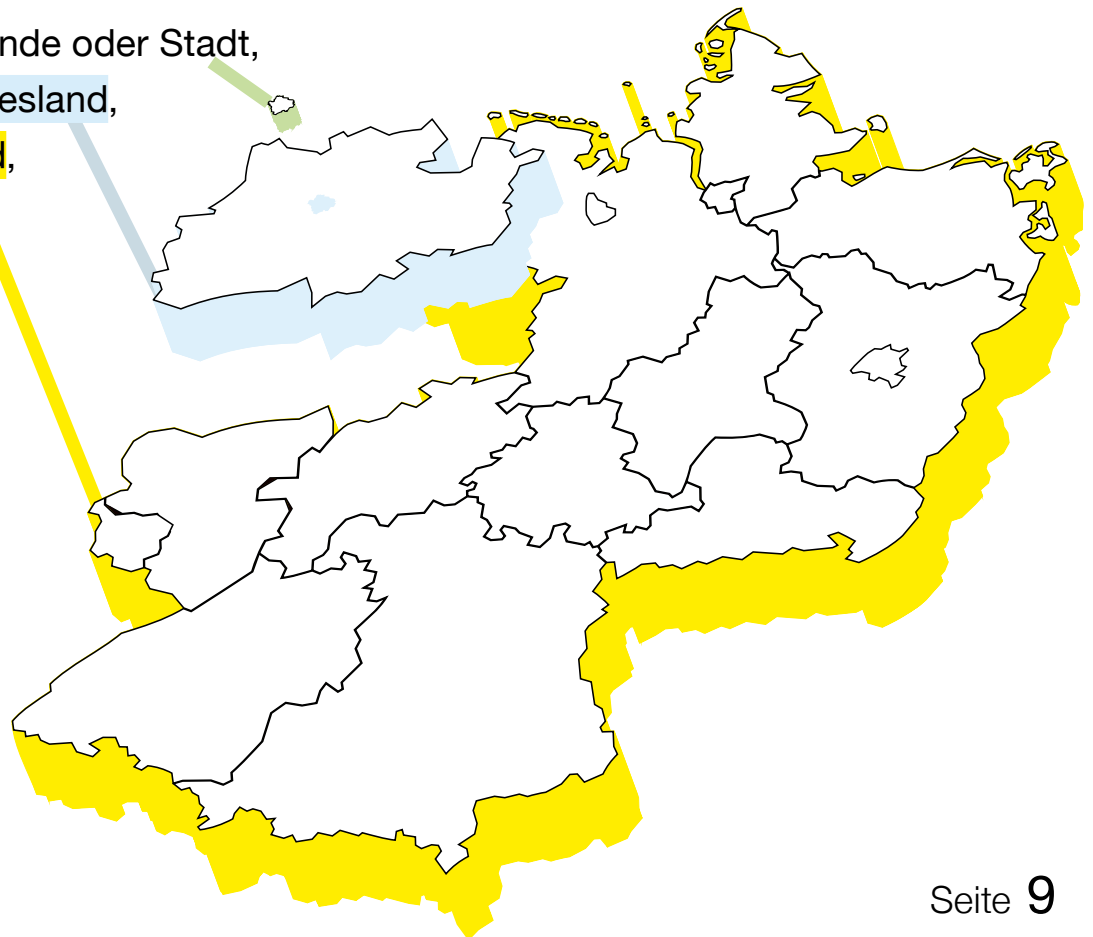
Handeln ist, wenn Menschen etwas miteinander machen:

- Wenn Menschen Entscheidungen für Gruppen treffen, machen sie Politik.
- Wenn Menschen Regeln für Gruppen finden, machen sie Politik.
- Wenn Menschen miteinander reden und streiten, machen sie Politik.

Politik legt Regeln fest und trifft Entscheidungen für Gruppen.

Meistens sprechen wir nur dann von Politik, wenn es um die Regeln und Entscheidungen geht, die für alle gelten:

- in einer Gemeinde oder Stadt,
- in einem Bundesland,
- in Deutschland,
- in Europa.



2. Warum braucht es Regeln, die für alle gelten?

In Deutschland leben sehr viele unterschiedliche Menschen.

- Sie wohnen in unterschiedlichen Familien, WG's oder alleine.
- Sie feiern unterschiedliche Feste,
- gehören unterschiedlichen Religionen an,
- sind in unterschiedlichen Vereinen oder Parteien
- oder sie sind in keinem Verein oder keiner Partei.



Die Menschen in Deutschland gehören also zu unterschiedlichen Gruppen und Gemeinschaften. In diesen Gruppen und Gemeinschaften können sie

- über Regeln diskutieren,
- sich für ihre Interessen und für bestimmte Themen einsetzen,
- entscheiden, wie sie leben wollen
- und welche Regeln für ihre Gruppen gelten.

Auch alle Menschen in Deutschland zusammen sind eine Gruppe.

Auch alle Menschen in Deutschland brauchen Regeln, damit sie gut zusammenleben können.

→ **Regeln, die für alle gelten**

Die Menschen in Deutschland brauchen Regeln, die für alle gelten.

Zum Beispiel:

- Bei einer roten Ampel bleiben alle Fahrzeuge und Fußgänger stehen.
- Niemand darf stehlen.
- Alle dürfen ihre Religion frei ausüben.

Die Regeln stehen zum Beispiel in Gesetzen und Verordnungen.

Alle Menschen in Deutschland müssen sich an diese Regeln halten.

Auf der nächsten Seite erklären wir dies mit **Beispielen**.

Manche Regeln gelten in ganz Deutschland

Alle Menschen in ganz Deutschland müssen sich zum Beispiel an diese Regeln halten:



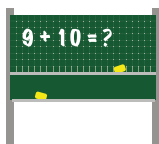
Alle, die selber ein Auto fahren wollen, brauchen einen Führerschein.



Alle Geschäfte dürfen keinen Alkohol und keine Zigaretten an Kinder und Jugendliche verkaufen.

Manche Regeln gelten nur in einem Bundesland

Brandenburg und Bayern sind zum Beispiel Bundesländer.



Die Bundesländer regeln zum Beispiel, wie viele Jahre ein Kind zur Schule gehen muss. Die Grundschule in Berlin und Brandenburg dauert 6 Jahre. In allen anderen Bundesländern dauert sie 4 Jahre.

Es gibt auch Regeln für Städte und Gemeinden



Eine Regel in einigen Städten ist zum Beispiel: Menschen dürfen auf dem Marktplatz keinen Alkohol trinken.

3. Deutschland ist eine Demokratie

In manchen Ländern entscheiden nur bestimmte Menschen.

Das kann ein König, eine Partei, eine Familie
oder das Militär sein.

Wenn nur wenige Menschen alles entscheiden, heißt das **Diktatur**.

In einer Diktatur entscheiden die Herrscher.

Die Bürger und Bürgerinnen müssen machen, was die Herrscher wollen.

Anders in Deutschland.

Deutschland ist eine **Demokratie**.

In einer Demokratie wie in Deutschland gilt:

„Mischen Sie sich ein! Politik geht Sie etwas an.

Diskutieren und entscheiden Sie mit!“

In Demokratien entscheiden viele Menschen gemeinsam.

Bürger und Bürgerinnen in Deutschland entscheiden bei Wahlen.

Sie können Menschen von unterschiedlichen Parteien wählen.

So bestimmen Bürger und Bürgerinnen zum Beispiel mit,
wer die **Abgeordneten** im Bundestag werden.

Abgeordnete im Bundestag bestimmen
zum Beispiel über Gesetze und wählen
den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin.

Es ist ein wichtiges Merkmal für eine Demokratie,
dass Bürger und Bürgerinnen wählen können.

Zur Demokratie gehört aber noch mehr:

- **Alle Menschen müssen sich an die Gesetze halten.**
Das gilt auch für den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten.
- Manchmal sind Bürger und Bürgerinnen mit einer Entscheidung von einer Behörde oder der Polizei nicht einverstanden.
Dann können sie vor einem Gericht klagen.
- **Richter und Richterinnen entscheiden unabhängig.**
Sie dürfen über ihr Urteil selbst entscheiden.
Niemand darf ihnen etwas vorschreiben.
Sie müssen sich aber an die Gesetze halten.
- **Jeder hat das Recht auf Information.**
Jeder darf bei der Polizei und den Behörden nachfragen.
Sie dürfen sich auch bei der Behörde beschweren, zum Beispiel, wenn ein Spielgerät auf dem Spielplatz kaputt ist oder eine Ampel nicht repariert wird.
Dazu kann man zum Beispiel die Behördennummer 115 anrufen.



- **Zu einer Demokratie gehört auch Pressefreiheit.**
Zeitungen oder Radiosender entscheiden selber, worüber sie berichten.
Sie dürfen dabei auch die Regierung kritisieren.
- **Es gelten die Menschenrechte.**
Zum Beispiel hat jede Person das Recht, ihre Meinung öffentlich zu sagen oder zu schreiben.
Das gilt auch, wenn die Meinung gegen die Regierung ist.
- Zu einer Demokratie gehört auch, dass es viele Parteien, Vereine und Verbände gibt.
Und es gehört dazu,
dass Menschen sich in die Politik einmischen und mitmachen dürfen.
- Wichtig ist aber auch:
Niemand muss sich einmischen oder mitmachen.
Niemand muss wählen gehen.



4. Demokratie braucht Einmischung

Demokratie bedeutet, dass Menschen gemeinsam entscheiden.
Eine Demokratie braucht viele Menschen,
die sich einmischen und mitentscheiden.

Wenn nur wenige Menschen mitmachen,
ist das eine Gefahr für die Demokratie:

- Wenn nur wenige Menschen wählen,
dann entscheiden nur wenige Menschen.
- Wenn sich nur wenige Menschen einmischen,
werden nur wenige gehört.

Dann gibt es eine große Gruppe von Menschen,
die sich nicht einmischt und nicht mitentscheidet.

Einige dieser Menschen denken vielleicht:

„Keiner hört auf uns. Deswegen mischen wir uns nicht ein
und wählen nicht.“

Dann ist Folgendes möglich:

Weil sich diese Menschen nicht einmischen und nicht wählen,
wird wirklich weniger auf sie geachtet.

Und es wird weniger für diese Menschen getan.

In einer Demokratie wie in Deutschland ist Einmischen wichtig.

Je mehr Menschen wählen, desto mehr Interessen können gehört werden.
Jede Stimme ist bei einer Wahl wichtig.

5. Menschen in Deutschland können etwas ändern

Die „Ehe für alle“

Politik ist gemeinsames Handeln.

Menschen können durch gemeinsames Handeln die Regeln ändern.

Dafür ist die „Ehe für alle“ ein Beispiel.



Im Jahr 2017 hat der Bundestag über die „Ehe für alle“ abgestimmt. Davor galt: Eine Frau kann nur einen Mann heiraten. Und ein Mann nur eine Frau.



„Ehe für alle“ bedeutet:

- Auch zwei Frauen können heiraten.
- Auch zwei Männer können heiraten.



Wenn ein Mann einen Mann liebt oder eine Frau eine Frau liebt, heißt das Homosexualität.

Die meisten Menschen in Deutschland haben lange gedacht:

Nur ein Mann und eine Frau dürfen heiraten.

Es war undenkbar, dass homosexuelle Menschen heiraten.

Im Grundgesetz steht aber: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Das bedeutet auch:

Niemand darf benachteiligt sein,

weil er oder sie homosexuell ist.

Menschen haben sich deshalb irgendwann für die „Ehe für alle“ eingesetzt.

- Homosexuelle Menschen haben in der Öffentlichkeit gesagt: „Ich bin eine Frau und ich liebe eine Frau“ oder „Ich bin ein Mann und ich liebe einen Mann“. Auch Politiker, Schauspieler oder Fernsehmoderatorinnen haben öffentlich gesagt: „Ich bin homosexuell.“
- Ein Zeichen für Homosexualität ist die Regenbogenfahne. Manche tragen deshalb eine Regenbogenfahne an der Kleidung. Sie sagen damit: Ich finde Homosexualität okay.
- Es haben sich spezielle Vereine gegründet. Die Vereine setzen sich für die „Ehe für alle“ oder die Rechte homosexueller Menschen ein.
- Es wurde viel über das Thema „Ehe für alle“ in Zeitungen, im Fernsehen oder Radio geschrieben und gesprochen.
- Viele Menschen haben mit ihren Freunden über Homosexualität gesprochen. Und sie haben über die „Ehe für alle“ diskutiert.



- Unterschiedliche Personen haben für die „Ehe für alle“ demonstriert. Manche demonstrieren auch gegen die „Ehe für alle“ oder sammeln Unterschriften.
- Manche Parteien haben die „Ehe für alle“ gefordert. Andere Parteien waren dagegen.
- Im Jahr 2013 gab es einen ersten Gesetzentwurf zur „Ehe für alle“.

Es haben sich viele Personen für die „Ehe für alle“ eingesetzt.

Die öffentliche Meinung änderte sich dadurch Schritt für Schritt.

Im Jahr 2017 wurde über die „Ehe für alle“ im Bundestag abgestimmt. Die meisten Abgeordneten stimmten dafür. So gibt es jetzt die „Ehe für alle“.

Der Weg zur „Ehe für alle“ hat etwa 35 Jahre gedauert. Es gibt auch heute noch Menschen, die nicht mit der „Ehe für alle“ einverstanden sind. Trotzdem gilt das Gesetz der **„Ehe für alle“**.



→ **Änderungen sind möglich**

Die Entscheidung zur „Ehe für alle“ zeigt:
Manchmal denkt man, etwas ändert sich nie.
Aber man kann versuchen, es zu ändern.
Manchmal denkt man auch: „Alleine kann ich nichts verändern.“
Auf den folgenden Seiten lesen Sie:
Sie können sich mit anderen Menschen zusammentun.
Vielleicht ändert sich dann etwas.

Die „Ehe für alle“ zeigt: Gesetze können geändert werden.

Dazu braucht es Einmischung und viel Geduld.

Schwimmbadstreit in einer Stadt

Manchmal sind Menschen mit politischen Entscheidungen in einer Stadt oder Gemeinde nicht einverstanden.

Dann können sie etwas dagegen tun.

Es gibt Gesetze dazu, wie Bürger und Bürgerinnen etwas ändern können.

Es sind Gesetze über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Zu einem **Bürgerbegehren** gehören Unterschriftenlisten dazu.

Ein Beispiel:

In vielen Städten gibt es alte Schwimmbäder.

Die Schwimmbäder müssen erneuert werden.

Das kostet viel Geld.

Der Stadtrat muss entscheiden:

- Bauen wir ein neues, modernes Schwimmbad?
- Oder reparieren wir das alte Schwimmbad?

Im Stadtrat zählt die Entscheidung der Mehrheit.

Die Mehrheit im Stadtrat entscheidet dann vielleicht:

- Es soll ein neues Schwimmbad geben.
- Das alte Schwimmbad wird geschlossen.

Viele Bürger und Bürgerinnen der Stadt sind dann vielleicht gegen diese Entscheidung.

Sie wollen das alte Schwimmbad erneuern.

Sie wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass das alte Bad bleibt.

Bürger und Bürgerinnen der Stadt können zum Beispiel mit einem Bürgerbegehren eine Entscheidung des Stadtrates stoppen. Die genauen Regeln für ein Bürgerbegehren machen die Bundesländer.

Die Bürger und Bürgerinnen müssen eine bestimmte Anzahl Unterschriften sammeln. Sie reichen diese Unterschriften bei der Stadt ein. Und der Stadtrat stimmt dann über das Bürgerbegehren ab.

Der Stadtrat ändert dann vielleicht seine Entscheidung:

- Das neue Schwimmbad wird nicht gebaut.
- Das alte Schwimmbad bleibt und wird erneuert.

Oder der Stadtrat bleibt bei seiner Entscheidung. Dann können die Bürger und Bürgerinnen der Stadt noch einmal in einem **Bürgerentscheid** abstimmen. Die Regeln dafür sind in den Bundesländern unterschiedlich.

Die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen stimmen vielleicht gegen den Beschluss des Stadtrates.

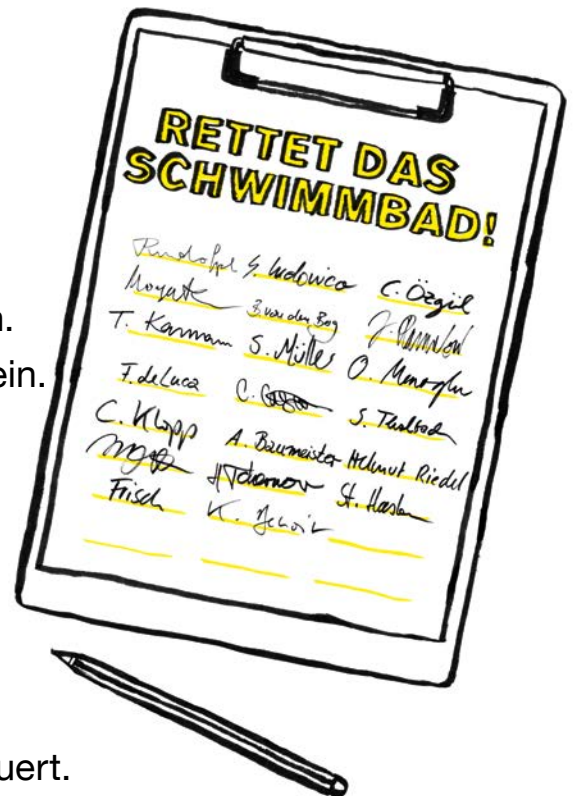
- Dann gilt der Beschluss des Stadtrates nicht mehr.
- Das neue Schwimmbad wird nicht gebaut.
- Das alte Schwimmbad bleibt und wird erneuert.

An diesem Beispiel sehen Sie:

Der Stadtrat hatte schon entschieden.

Trotzdem können Bürger und Bürgerinnen sich einmischen.

Und eine Entscheidung kann sich wieder ändern.



Fairer Handel

Politik ist gemeinsames Handeln.

Manchmal können auch viele einzelne Personen versuchen, etwas zu ändern.

Zum Beispiel, wenn sie beim Einkaufen darauf achten, was sie kaufen.

Sie können zum Beispiel Produkte aus fairem Handel kaufen.



Bauern und Hersteller in Afrika und Südamerika bekommen für ihre Waren oft zu wenig Geld. Weil sie zu wenig Geld bekommen, reicht das Geld nicht zum Leben. Der faire Handel möchte das ändern.



Fairer Handel heißt auf Englisch **fair trade**. Wenn Sie diese Zeichen auf einem Produkt sehen, kaufen Sie etwas fair Gehandeltes.



Vielleicht finden Sie fairen Handel gut. Beim Einkaufen entscheiden Sie sich dann für Schokolade, Kaffee, Honig, Kleidung oder einen Fußball mit einem Zeichen für fairen Handel.

So zeigen Sie:

Ich unterstütze, dass Menschen in Afrika und Südamerika fair bezahlt werden.

Ich unterstütze Verkäufer, die sich für fairen Handel einsetzen.

Und ich hoffe, dass noch mehr Menschen das auch tun.

Man braucht Geduld und viele Leute, die sich einmischen, um den Welthandel gerechter zu machen.

Zwei Frauen setzen sich für fairen Handel ein:



Ich bin Irmhild Ostwald. Auf Reisen nach Afrika habe ich gesehen, wie ungerecht Besitz verteilt ist. Ich selbst lebe in einem reichen Land. Deshalb setze ich mich seit 20 Jahren für fairen Handel ein.

Ich bin Inge Klahr und bei mir ist das ähnlich.

Vor 36 Jahren haben wir angefangen,
in Nienburg fair gehandelte Produkte zu verkaufen.

Bei uns gibt es einen Weltladen in der Innenstadt.

In dem Laden haben sich im Laufe der Zeit schon 38 Menschen
engagiert und es machen immer wieder neue Menschen mit.

Sie können auch auf andere Weise beim Einkaufen

Ihre politische Meinung zeigen:

- Sie können zum Beispiel bei einem Hofladen in Ihrem Dorf Lebensmittel kaufen, die nicht weit transportiert wurden.
- Sie können Second-Hand-Kleidung kaufen.
Second Hand bedeutet:
Die Kleidung hat schon anderen Menschen gehört.
So zeigen Sie: Mir ist wichtig, dass Kleidung lange genutzt wird.
- Sie können auch in einem Sozialkaufhaus einkaufen.
Menschen geben dort gebrauchte Sachen ab,
die weiterverkauft werden.
So können Sie zeigen: Mir ist wichtig, dass weniger Müll entsteht.

6. Einmischen im Alltag

Auch im Alltag machen Menschen Politik.

Sie können sich einmischen.

Sie können sich für ihre Meinung
und ihre politischen Ziele einsetzen.

Ninia LaGrande setzt sich im Alltag für ihre Meinung ein.



Mein Name ist Ninia LaGrande.

Ich arbeite als Moderatorin und Autorin.

Mir sind Respekt und Gleichberechtigung
für alle wichtig.

Deshalb setze ich mich zum Beispiel
für die Rechte von Kindern,
Menschen mit Behinderungen und Frauen ein.

Auch andere Themen sind mir wichtig, zum Beispiel,
wie meine Stadt klimagerechter werden kann.

Auch Demokratie ist ein wichtiges Thema für mich.

Dazu mache ich Videos, schreibe Texte ins Internet und halte Vorträge.

Ich schreibe gerne lustige Texte und hoffe,
dass viele Menschen über meine Texte lachen und nachdenken.

Vielleicht bilden sie sich dann eine eigene Meinung
und sagen auch öffentlich, was sie denken.

So können wir gemeinsam etwas ändern.

Sicherer Schulweg

Menschen können sich für unterschiedliche Themen einsetzen.

Manche Menschen wollen zum Beispiel,
dass vor der Schule ihrer Kinder weniger Autos fahren und parken.
Sie haben Angst, dass ihre Kinder angefahren werden.

Sie können dann zum Beispiel

Schilder oder Figuren vor der Schule aufstellen, auf denen steht:

„Der Schulweg soll sicherer werden.“

Oder sie verabreden sich mit mehreren
und die Kinder gehen zu Fuß zur Schule.

So zeigen sie:

Es gibt auch andere Wege, als die Kinder mit dem Auto zu bringen.

Immer mehr sind dann vielleicht davon überzeugt:

„Wir brauchen einen sicheren Schulweg.

So können unsere Kinder alleine in die Schule gehen.“

Wenn auch Sie sich einsetzen wollen, können Sie noch mehr tun:

- Sie können Ihre Ideen zu einem sicheren Schulweg auf einer Versammlung in der Schule vorstellen.
- Sie können mit der Bürgermeisterin Ihrer Stadt sprechen. Ihre Bürgermeisterin hat vielleicht eine Sprechstunde. Dort können Sie hingehen und sagen, was Ihnen wichtig ist.
- Sie können einen Leserbrief an Ihre Zeitung schicken.



Sich einmischen in Gesprächen

Im Alltag reden Menschen miteinander.

Sie diskutieren vielleicht über das Zusammenleben in Deutschland oder die beste Lösung für ein Schwimmbad in der Stadt oder den sicheren Schulweg.

Beim Diskutieren entstehen oft gute Ideen.

Sie können Ihre Ideen zum Beispiel den Abgeordneten in Ihrem Wahlkreis oder im Rathaus Ihrer Stadt vorstellen.

Immer mehr Menschen sprechen dann vielleicht über diese Ideen und sie werden Wirklichkeit.

Manchmal sprechen Menschen in Gesprächen auch schlecht über bestimmte Gruppen von Menschen.

Oder Menschen werden ausgegrenzt oder beleidigt.

Das kann zum Beispiel sein, weil sie aus einem anderen Land kommen oder weil sie eine Behinderung haben.



→ **Wenn Sie eine Ausgrenzung oder Beleidigung mitbekommen**

- Schweigen Sie nicht. Schweigen ist wie eine Zustimmung. Ihnen fällt vielleicht nicht sofort etwas Passendes ein. Sprechen Sie dann später noch einmal über das Thema.
- Suchen Sie sich Unterstützung, wenn Sie sich unsicher fühlen.
- Sprechen Sie darüber, wie Menschen sich fühlen, wenn jemand sie ausgrenzt.

Oder fragen Sie nach:

- Was genau meinst du damit? Woher weißt du das?
- Hast du so etwas schon einmal erlebt?
- Kennst du jemanden aus einem anderen Land?
- Kennst du einen behinderten Menschen?

Vielleicht ändert die Person dann ihre Meinung.

Oder sie merkt, dass nicht alle ihre Meinung in Ordnung finden.

Oder sie entschuldigt sich.

Wenn Sie eine Ausgrenzung oder Beleidigung mitbekommen:

Hören Sie den Menschen zu,
die von Ausgrenzung oder Beleidigung erzählen.

Vielleicht treffen Sie in Gesprächen auch Menschen,
die ähnlich denken wie Sie.

Die Gruppe kann dann sagen: „Beleidigung und Diskriminierung gehören nicht zu einem guten Zusammenleben.“

Mischen Sie sich aber nur ein,
wenn Sie sich nicht selbst in Gefahr bringen!

Projekte gegen die Ausgrenzung von Menschen

Rassismus ist im Fußball immer wieder ein Thema.

Rassismus ist eine Art von Diskriminierung.

Rassismus heißt die Diskriminierung, Ausgrenzung und Abwertung von Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres Namens oder ihrer Sprache.

Fußballspieler erleben zum Beispiel Beleidigungen wegen ihrer Hautfarbe.

Oder ihnen werden Affenlaute hinterhergerufen.

Es gibt in Deutschland mehrere Schwarze Fußballspieler.

Trainer oder Chefs von Vereinen sind aber meistens weiß.

Der Deutsche Fußballbund möchte etwas gegen Rassismus tun.

Die Abkürzung für den Deutschen Fußballbund ist DFB.

Der DFB nennt zum Beispiel Stellen, bei denen man sich bei Gewalt und Diskriminierung melden kann.



Im Jahr 2024 startete auch ein Projekt gegen Rassismus.

Das Projekt heißt

„46 Millionen Fans - 0 Verständnis für Rassismus“.

Das Projekt hat das Motto

„Fußballzeit ist die beste Zeit gegen Rassismus“.

Das Projekt besteht aus zwei Teilen:

- Fans sollen Bilder gegen Rassismus im Internet teilen.
- Es gibt Aktionen gegen Rassismus für Fußballvereine.

Die Aktionen sind für Vereine,
in denen die Spieler kein Geld verdienen.

Es gab im Fußball auch vorher schon Projekte gegen Rassismus.

Manche Menschen kritisieren solche Projekte.

Sie finden, dass kurze Projekte und Aktionen nicht helfen.

Manche Menschen sagen auch,

dass Fans im Stadion bei Rassismus protestieren sollen.



Politik im Internet: Information und Austausch

Sie können sich im Internet informieren.

Zum Beispiel:

- ob es in Ihrer Stadt einen Verein gibt, der Sie interessiert,
- ob die Fahrstühle bei den Straßenbahnen funktionieren,
- wann der Bürgermeister seine Sprechstunde hat
- oder über Nachrichten in der Welt.

Schauen Sie auf mehreren Internetseiten nach.

So können Sie Informationen und Meinungen vergleichen.

Im Internet können Sie auch Ihre Meinung teilen:



Sie können eine E-Mail schreiben,
wenn ein Fahrstuhl nicht funktioniert.

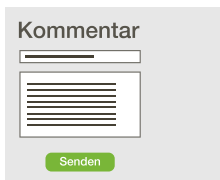


Sie können in den **Sozialen Netzwerken**

Artikel teilen, die Sie wichtig finden.

Ein Soziales Netzwerk

ist zum Beispiel Instagram, TikTok oder YouTube.



Ihre Stadt will zum Beispiel ein Jugendzentrum bauen.

Dann können Sie einen Kommentar schreiben:

„Das Jugendzentrum ist eine tolle Idee. Ich finde wichtig,
dass es für Rollstuhlfahrer barrierefrei ist.“

Viele andere haben vielleicht die gleiche Meinung
und schreiben auch Kommentare zu Barrierefreiheit.

Jemand von der Stadt liest die Kommentare dann
und weiß: Barrierefreiheit ist

vielen Einwohnern und Einwohnerinnen wichtig.

Falschmeldungen im Internet

Jede Person darf im Internet ihre Meinung sagen.

Informationen können sich im Internet besonders schnell verbreiten.

Es können auch falsche Nachrichten darunter sein.

Manche dieser Nachrichten sind absichtlich falsch.

Diese Nachrichten nennt man **Desinformation**.

Desinformation soll Menschen täuschen und beeinflussen,
zum Beispiel vor Wahlen oder wichtigen politischen Entscheidungen.

Manche falschen Nachrichten versprechen
auch einfache Lösungen für komplizierte Probleme.
Zum Beispiel bei den Themen Flucht und Migration.

Falsche Meldungen sollen oft Unsicherheit schaffen.
Oder Menschen sollen zum Beispiel den Behörden
oder der Regierung nicht mehr vertrauen.

Auch Bilder sind manchmal falsch.

Die Bilder sind in einer ganz anderen Situation entstanden,
als in dem Text behauptet wird.

Oder Fotos wurden vielleicht mit einem Computer verändert oder erstellt.

Menschen wollen durch falsche Nachrichten oder Bilder
manchmal politische Meinungen verändern.

Sie wollen vielleicht auch Ihre Meinung verändern.

Vielleicht finden Sie dann:

Eine Person soll ein wichtiges Amt besser nicht bekommen.

Glauben Sie also nicht alles!

Es ist gut, sich zu fragen: „Stimmt das, was ich lese oder höre?“

- Prüfen Sie Nachrichten und Bilder auf mehreren Internetseiten.
- Überlegen Sie:
Was ist der Zweck dieser Nachricht?
Wem nützt sie?
- Prüfen Sie, wer die Nachrichten verbreitet hat.
Kommen die Nachrichten von Personen,
die die Informationen gut prüfen?
Kommen sie zum Beispiel von bekannten Zeitungen?
Oder stand es nur in dem WhatsApp-Status von einer Person?
- Entfernen oder blockieren Sie Menschen
aus Ihrer Freundesliste, die falsche Nachrichten verbreiten.
- Sie können auch Personen fragen, denen Sie vertrauen.
Zeigen Sie die Nachrichten und Bilder anderen.
Fragen Sie am besten mehrere Personen!
Fragen Sie auch Personen, die anderer Meinung sind als Sie!
Es ist wichtig, unterschiedliche Meinungen zu hören.
- Verbreiten Sie Nachrichten nur weiter,
wenn Sie sich sicher sind, dass die Nachrichten stimmen.
- Es gibt im Internet auch Webseiten, die Nachrichten prüfen.

Wie krass!

Kann das sein?

→ **Kritik erlaubt**

Es ist immer in Ordnung, Nachrichten und Meinungen zu kritisieren.

Man kann auch die kritisieren, die die Nachrichten machen.

Man kann sagen oder schreiben:

- Sie berichten zu einseitig.
- Sie schreiben zu viel über Meinungen einzelner Personen oder Parteien.
- Sie haben eine wichtige Meinung vergessen.
- Sie veröffentlichen nur bestimmte Meinungen.
- Sie machen Vorschläge, die nicht funktionieren oder die wichtige Teile der Probleme vergessen.



Von wem
kommt das?

Berichten das
noch andere?

7. Gemeinsam mehr erreichen

Oft sind Menschen mutlos. Sie denken:

Wir können sowieso nichts verändern.

Manchmal hilft es dann, mit anderen Menschen zu sprechen.

Und sich darüber zu informieren, was man versuchen kann.

Menschen erreichen politische Ziele gemeinsam.

Sie treffen sich, denken gemeinsam nach und machen Vorschläge,

zum Beispiel für den sicheren Schulweg

oder ein barrierefreies Jugendzentrum.

Oder sie sagen ihre Meinung und zeigen, wofür oder wogegen sie sind.

Man kann sich auf unterschiedliche Arten

gemeinsam für politische Ziele einsetzen.

Wir erklären in diesem Kapitel mehrere dieser Arten.

Demonstrationen

Wenn sich viele Menschen treffen und gemeinsam zeigen, wofür oder wogegen sie sind, heißt das **Demonstration**.

Man kann zum Beispiel für mehr Zusammenarbeit in Europa

oder für mehr Lehrer und Lehrerinnen an Schulen sein.

Oder man kann gegen Diskriminierung,

zum Beispiel von behinderten Menschen, demonstrieren.

Eine Demonstration ist eine öffentliche Versammlung von Menschen.

Sie findet draußen statt.

Vielleicht wollen Sie wissen, wo man eine Demonstration anmeldet oder wie man eine Demonstration plant.

Dann können Sie bei Ihrer Stadt nachfragen.

Oder Sie fragen eine Person, die schon Demonstrationen geplant hat.

Man beachtet eine Demonstration meist stärker,

- je mehr Menschen teilnehmen
- oder je häufiger Menschen für ein bestimmtes Thema demonstrieren.

In Deutschland haben Bürger und Bürgerinnen das Recht, zu demonstrieren.

Das Recht steht im Grundgesetz.

Das Recht, zu demonstrieren, gehört zur Demokratie.

Demonstrationen sollen friedlich sein.

Das bedeutet: ohne Gewalt und ohne Waffen.

Sie können demonstrieren, wofür oder wogegen Sie wollen:

für höhere Löhne, gegen den Umbau eines Bahnhofs,

für oder gegen ein neues Gesetz.



Vereine und Verbände

Ein **Verein** ist ein Zusammenschluss von Menschen über längere Zeit, zum Beispiel ein Tierschutzverein.

Die Menschen sind freiwillig dabei.

Mehrere Vereine mit ähnlichen Zielen können sich zu einem **Verband** zusammenschließen.

- Vereine haben einen Vorstand.
- Die Mitglieder wählen den Vorstand demokratisch.
- Die Mitglieder entscheiden gemeinsam über die wichtigsten Regeln.
- Der Vorstand entscheidet über vieles andere.

In einem Verein gibt es oft regelmäßige Treffen.

Dort können sich Menschen kennenlernen und sie verbringen gemeinsam ihre Freizeit.

Die Menschen in einem Verein

haben ein gemeinsames Ziel oder Interesse.

Interessen sind zum Beispiel Gartenarbeit oder Fahrradfahren in der Stadt.

Manche Vereine oder Verbände haben politische Ziele.

Ein Ziel ist dann politisch, wenn es darum geht, die Regeln in Stadt, Land oder Gemeinde zu verändern.

Vereine setzen sich oft für die Interessen bestimmter Gruppen ein, zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC).

Der ADFC setzt sich als Verein

für die Interessen von Radfahrern und Radfahrerinnen ein.

Politische Ziele vom ADFC sind:

- Mehr Sicherheit für Radfahrer und Radfahrerinnen im Verkehr
- und Umweltschutz in der Verkehrspolitik.

Zum Beispiel soll es mehr Fahrradstraßen geben.

Manche Vereine haben politische Ziele,
zum Beispiel der ADFC.

Andere Vereine haben weniger politische Ziele,
zum Beispiel ein Modellbauverein.





Jugendvereine und Jugendverbände

Jugendverbände sind Zusammenschlüsse von Vereinen für Jugendliche.

Jugendverbände machen zum Beispiel Freizeitangebote wie Gruppentreffen oder Ferienfreizeiten.

Jugendliche organisieren dort Treffen oder gemeinsame Aktionen.

Jugendliche bereiten etwas gemeinsam vor und können ausprobieren, vor Gruppen zu sprechen oder Treffen zu leiten.

Beispiele für Jugendverbände sind:

- die Jugendverbände der politischen Parteien;
- Jugendverbände der Kirchen;
- Umweltjugendverbände;
- Pfadfinder.

Manche Jugendverbände haben auch politische Ziele.

Sie setzen sich für die Interessen von Jugendlichen ein.

Sie setzen sich zum Beispiel für eine neue Skaterbahn ein.

Mitmachen und Mitgestalten bei den Pfadfindern



Ich bin Lara-Joy Gwosdz und 18 Jahre alt.

Ich bin in Schaumburg Stammesleitung beim Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder.

Die Pfadfindergruppen an einem Ort heißen Stamm.

Ich treffe mich regelmäßig mit den Gruppenleitern und Gruppenleiterinnen.

Wir stimmen zum Beispiel darüber ab, wo wir das nächste Lager machen wollen.

Oder wir finden Lösungen für Probleme in unseren Gruppen.

Ich habe bei den Pfadfindern gelernt, vor Gruppen zu reden und meine Meinung zu sagen.

Es gibt in Niedersachsen viele unterschiedliche Pfadfinderverbände. Auf einer Versammlung haben mich Pfadfinder und Pfadfinderinnen aus ganz Niedersachsen als Landesbeauftragte gewählt.

Jetzt bin ich für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Pfadfinderverbände zuständig. Und ich vertrete unseren Verband nach außen.

Ich organisiere Aktionen, bei denen wir mit Menschen aus dem Landtag oder Stadtrat diskutieren.

Im Moment sind uns diese Themen wichtig:

- Wir fordern, dass Jugendarbeit genug Geld bekommt.
- Wir bilden uns eine Meinung über die Wehrpflicht.
- Wir fragen uns, wie wir unsere Demokratie schützen können.

Wir wollen den Pfadfindern und Pfadfinderinnen zeigen, wie sie sich in ihrem Ort für die Themen einsetzen können.

Mitmachen in einer Partei

Eine Partei ist ein Zusammenschluss von Menschen mit gemeinsamen politischen Zielen.

Die Menschen haben ähnliche Ideen. Sie überlegen:

- Was wollen wir für unsere Stadt, unser Bundesland oder für Deutschland besser machen?
- Was soll so bleiben, wie es ist?

Vielleicht möchten Sie in einer Partei mitmachen.

Die Parteien haben auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde ein Büro.

Sie können dort auch die Mitgliedschaft in der Partei beantragen.

Das ist eine Anmeldung bei der Partei.

Niemand muss in einer Partei mitmachen.

In Parteien mitzumachen ist freiwillig.

In einer Partei zahlt man einen Mitgliedsbeitrag.

Damit finanziert sich die Partei.

Wer wenig Geld verdient, zahlt meistens einen kleineren Geldbetrag.

Wenn sich Menschen angemeldet haben, nimmt die Partei sie meistens auf.

Sie sind dann Mitglied der Partei.

Wenn Sie Mitglied in einer Partei sind, können Sie sehr viel tun.

Sie können zum Beispiel zu vielen Treffen der Partei gehen.

Sie können aber auch wenig tun oder nur einen Mitgliedsbeitrag zahlen.

Wenn Sie Aufgaben in einer Partei übernehmen wollen, sind hier einige Möglichkeiten:

Parteiprogramm

- 1. Weiterbildungen
- 2. schnelles Internet
- 3. fairer Handel
- ...

Sie können Vorschläge für die **Parteiprogramme** machen. In Parteiprogrammen stehen die Ziele der Partei.



Sie können beim **Wahlkampf** helfen. Sie können zum Beispiel an einem Stand Ihrer Partei mithelfen. Oder Sie verteilen Broschüren und hängen Wahlplakate auf und ab.



Oder Sie können Ihre **Ideen aufschreiben** und den anderen Parteimitgliedern zusenden.



Sie können **Treffen planen**, zum Beispiel eine Versammlung oder ein Fest.



Parteien haben oft auch noch **Arbeitsgemeinschaften**, in denen Sie mitmachen können, zum Beispiel für junge Menschen, für Frauen, für Senioren, für Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Sie können diese Aufgaben meistens auch übernehmen, wenn Sie kein Mitglied in einer Partei sind.

Viele Parteien freuen sich, wenn Nichtmitglieder mitmachen.

Es gibt auch Dinge, die Sie nur machen können,
wenn Sie Mitglied in einer Partei sind.
Zum Beispiel treffen sich Mitglieder bei Versammlungen.
Dort gibt es Wahlen und Entscheidungen,
an denen nur Mitglieder teilnehmen dürfen.
Nur Mitglieder dürfen zum Beispiel mitentscheiden,
wer Parteisprecherin wird oder wer für das Geld zuständig ist.

Parteien sind so ähnlich wie Vereine. Es gibt aber einen Unterschied:

Parteien können Personen für die Wahlen in Deutschland vorschlagen.

Diese Personen heißen **Kandidaten und Kandidatinnen**.

Nur die Mitglieder dürfen entscheiden,
wer zum Beispiel Kandidat oder Kandidatin für den Stadtrat werden soll.

Alle Parteien wollen,
dass die Bürger und Bürgerinnen ihre Kandidaten wählen.
Die Kandidaten oder Kandidatinnen mit den meisten Stimmen
kommen zum Beispiel in den Stadtrat oder den Bundestag.
Je mehr Personen einer Partei gewählt werden,
desto besser kann sie ihre Vorschläge umsetzen.



Ein Bericht über die Arbeit in einer Partei und einem Stadtrat



Mein Name ist Marie-Kristin Schröder-Koch.

Ich arbeite an einer Grundschule
als pädagogische Mitarbeiterin
und mache dort Vertretungsunterricht
für die 1. bis 4. Klasse.

Ich wohne mit meinem Mann
und meinen zwei Kindern in einem kleinen Dorf
in Niedersachsen.

In meiner Freizeit bin ich in einer Partei politisch aktiv.

Ich bin im Stadtrat von Rotenburg.

Ich mache deshalb Politik, damit die Wünsche
der Menschen in Rotenburg besser gehört werden.

Zum Beispiel ist es mir wichtig,
dass die Schulgebäude renoviert werden.

Die Gebäude sind sehr alt.

Sie müssen dringend erneuert werden.

Mir ist auch wichtig, dass Jugendliche gut vertreten sind.

Sie haben zum Beispiel kaum Orte, an denen sie sich treffen können.

Ich wünsche mir zum Beispiel einen Jugendtreff,
zu dem jeder kommen kann.

Außerdem bin ich in meiner Partei Vorstandsvorsitzende.

Ich organisiere also die Arbeit des Vorstandes
meiner Partei in Rotenburg.

Ich plane zum Beispiel Veranstaltungen zum Kennenlernen
unserer Kandidaten und Kandidatinnen.

Ich möchte, dass viele Menschen sie wählen.

8. Entscheidungen in Staat und Gemeinde

Wahlen: Bürger und Bürgerinnen entscheiden

Wahlen sind die wichtigste und einfachste Möglichkeit, über die Politik mitzuentcheiden.

Wählen ist ein Grundrecht für Bürger und Bürgerinnen.

Bei Wahlen entscheiden die Bürger und Bürgerinnen darüber, wer sie zum Beispiel im Stadtrat oder Bundestag vertreten soll.

In Deutschland gibt es unterschiedliche politische Wahlen:

- Bei **Kommunalwahlen** wählen Sie zum Beispiel den Stadtrat oder den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin.
- Bei **Landtagswahlen** wählen Sie das Parlament in einem Bundesland, zum Beispiel in Sachsen oder Bayern. Das Parlament in einem Bundesland heißt oft Landtag. In Bremen und Hamburg heißt das Parlament Bürgerschaft. In Berlin heißt es Abgeordnetenhaus.
- Bei **Bundestagswahlen** wählen Sie den Deutschen Bundestag.
- Bei der **Europawahl** wählen Sie das Europäische Parlament.

Für Bundestagswahlen und Europawahlen gibt es auch Hefte und Webseiten in der Reihe „*einfach* POLITIK“.

Sie bekommen vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung. Eine **Wahlbenachrichtigung** ist eine Einladung zur Wahl.

Sie können wählen, wen Sie wollen.

Wählen ist ein Recht. Ihre Meinung ist wichtig!

Mitentscheiden im Rat oder Kreistag

Vielleicht möchten Sie bei einer Wahl selbst gewählt werden.

Sie können sich zum Beispiel in den **Stadtrat** wählen lassen.

Der Stadtrat trifft Entscheidungen für die Stadt.

Der Stadtrat entscheidet zum Beispiel,
ob die Stadt einen neuen Fußballplatz bekommt.

In einem kleineren Ort heißt der Stadtrat **Gemeinderat**.

Sie können sich auch in den **Kreistag** wählen lassen.

Der Kreistag trifft politische Entscheidungen für den Landkreis.

Die Mitglieder im Stadtrat oder Kreistag haben noch andere Berufe.

Für ihre Arbeit im Stadtrat oder Kreistag bekommen sie
kein oder wenig Geld.

Sie bekommen zum Beispiel Geld für ihre Fahrtkosten.

09:00



Ärztin



Postbote



Bäckerin

18:00



Stadtrat

→ **Warum lassen Menschen sich in einen Kreistag oder Rat wählen?**

Die Mitglieder im Stadtrat oder Kreistag arbeiten ehrenamtlich.

Ehrenamtlich bedeutet,

sie bekommen kein oder wenig Geld.

Warum lassen sich Menschen trotzdem wählen?

Als Beispiele nennen wir einige Gründe:

- Sie haben Lust, etwas zu verändern.
- Sie möchten sich gemeinsam mit anderen Menschen Lösungen überlegen.
- Sie wollen sich für die Interessen der Bürger und Bürgerinnen der Stadt, der Gemeinde oder der Region einsetzen.
- Sie wollen über die Zukunft der Region mitentscheiden.

Andere Möglichkeiten, sich einzubringen

Sie können auch Mitglied in einem **Beirat** sein.

In einem Beirat arbeiten mehrere Menschen zusammen.

Sie setzen sich für bestimmte Gruppen ein.

Es gibt zum Beispiel:

- einen Beirat für Senioren und Seniorinnen,
- einen Beirat für Menschen mit Behinderungen,
- einen Beirat für Ausländer und Ausländerinnen.

In manchen Städten gibt es auch ein **Jugendparlament**.

Vertreter und Vertreterinnen für das Jugendparlament

werden von den Jugendlichen gewählt.

Zum Beispiel in den Schulen einer Stadt oder im Internet.

Beiräte und das Jugendparlament beraten den Gemeinderat.

Der Rat muss die Vorschläge und Entscheidungen der Beiräte und des Jugendparlaments nicht umsetzen.

Auch Bürger und Bürgerinnen können den Stadtrat beraten.

Sie werden vielleicht Mitglied in einem Ausschuss des Stadtrates.

In einem Ausschuss sind Mitglieder des Stadtrats, die zu einem bestimmten Thema arbeiten.

Es gibt zum Beispiel oft einen Bildungsausschuss oder einen Kulturausschuss.

Bürger und Bürgerinnen können dort auch mitmachen, weil sie sich gut mit einem Thema auskennen, zum Beispiel mit dem Thema Schule, Kindergarten oder Kultur.



Die Ausnahme: Politik als Beruf

Manche Menschen arbeiten beruflich als Politiker oder Politikerin. Sie bekommen in der Zeit, in der sie gewählt sind, so viel Geld, dass sie in keinem anderen Beruf arbeiten müssen.

Zum Beispiel bekommen Bundeskanzler, Bundespräsident, Ministerpräsidenten und -präsidentinnen und viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen Geld. Auch die Abgeordneten in den meisten Parlamenten bekommen Geld.

Die Abgeordneten haben viele Aufgaben, zum Beispiel:

- Sie lesen viele Vorschläge über neue Gesetze.
- Sie schreiben selbst Vorschläge für neue Gesetze und besprechen die Vorschläge mit anderen.
- Sie informieren sich, wie die Regierung Geld ausgibt.
- Und sie hören die Meinung der Bürger und Bürgerinnen an.
- Manchmal sind Sitzungen sehr spät abends oder sie dauern sehr lange.

Deshalb haben sie für einen anderen Beruf keine Zeit.

Es ist wichtig, dass

- junge und alte Menschen,
- Männer und Frauen,
- Menschen unterschiedlicher Herkunft und Erfahrung

wichtige Aufgaben in der Politik bekommen.

So ist es leichter möglich, dass alle Menschen vertreten sind.

Sehr viele Menschen sind politisch aktiv: im Alltag, in Vereinen, Parteien, im Gemeinderat oder als Abgeordnete.

Nur sehr wenige dieser Menschen sind Berufspolitiker oder Berufspolitikerinnen.

Oft arbeiten Berufspolitiker vom frühen Morgen bis in den späten Abend.

Ein Beispiel für eine Arbeitswoche eines Bundestagsabgeordneten:
www.bpb.de/39346/arbeitswoche-eines-bundestagsabgeordneten/

Viele Menschen in Deutschland diskutieren darüber, ob Berufspolitiker zu viel Geld bekommen. Was ist Ihre Meinung?

1. Informieren Sie sich im Internet:

- Wie viel Geld bekommt ein Bundestagsabgeordneter?
- Einige Abgeordnete erklären genau, wie viel Geld sie bekommen. Geben Sie im Internet „Gläserne Abgeordnete“ ein.
- Wie viel Geld verdient ein Tischler, eine Erzieherin, ein Lehrer oder eine Ärztin?
- Wie viel Geld bekommt ein Vorstand einer Bank oder einer bekannten Automarke?

2. Vergleichen Sie und sprechen Sie darüber.

3. Manche Bundestagsabgeordnete arbeiten nebenbei zum Beispiel als Rechtsanwalt oder für eine Firma. Dafür bekommen sie auch Geld.

Hier können Sie sich dazu informieren.

Scannen Sie die QR-Codes mit der Kamera Ihres Smartphones.



4. Würden Sie gerne Bundeskanzlerin oder Abgeordneter werden?

9. Wer macht alles Politik und was hat das mit mir zu tun?

Es gibt viele Beispiele, wie Menschen in Deutschland Politik machen:

- Sie sagen im Alltag ihre Meinung, zum Beispiel auf der Arbeit oder in der Freizeit.
- Sie schließen sich zusammen und machen Vorschläge für Regeln, zum Beispiel in Parteien oder Vereinen.
- Sie gehen zu Treffen oder schreiben Leserbriefe und sagen so öffentlich ihre Meinung.
- Sie entscheiden über Vorschläge, sie entscheiden zum Beispiel im Bundestag oder Bundesrat über Gesetze in Deutschland.
- Sie finden Entscheidungen gut und erzählen oder schreiben davon.
- Sie finden Entscheidungen schlecht und demonstrieren dagegen.
- Sie informieren sich gut und bilden sich so eine Meinung.
- Sie sorgen dafür, dass andere sich gut informieren können.
- Sie gehen wählen.
- Sie gehen nicht wählen.
- Sie helfen bei einer Wahl oder in einem Wahlkampf.

So machen viele Menschen Politik.

So können auch Sie Politik machen.

einfach POLITIK: lesen, hören, mitmachen

einfach POLITIK bestellen, lesen, hören:

- Heft bestellen: www.bpb.de/einfach-politik
- Webseiten lesen und Hörbuch hören: www.bpb.de/einfachpolitik
- einfach POLITIK: Lexikon:
www.bpb.de/lexikon-in-einfacher-sprache

Ihre Meinung zu einfach POLITIK

Nehmen Sie auf www.bpb.de/einfach-politik an der Online-Umfrage zu einfach POLITIK teil.

Lehren und Lernen mit einfach POLITIK:

Auf „Lehren und Lernen mit einfach POLITIK“ (www.bpb.de/340263) veröffentlichen wir geeignete Lehr-/Lernvorschläge mit einfach POLITIK. Gerne auch Ihre (edu@bpb.de).

Wer hat das Heft gemacht?

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
edu@bpb.de

Redaktion

Wolfram Hilpert

Text

Dorothee Meyer
(Text der 2. Auflage: Dorothee Meyer, Sarah Dreyer,
Liza Holetzke)

Textprüfung

Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Seelze e.V.
sowie Ralf Eicke, Andreas Finken, Heike Oestreich,
Gina Sossalla.

Fachkonzept

Bettina Zurstrassen

Illustrationen und Layout

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Fotonachweise

S. 1/52: (c) picture alliance / Geisler-Fotopress (Tanz-Flashmob „One Billion Rising“ gegen Gewalt gegen Frauen vor dem Brandenburger Tor am 14.02.2014) // S. 2: (c) picture alliance / Karl-Josef Hildenbrand (Demonstrationen gegen rechts - Würzburg)

Druck

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag,
Karl-Schurz-Straße 26, 33042 Paderborn

Lizenz

Dieses Werk steht unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Lehrzwecke nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autorinnen und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. **Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte, die auf dieser Seite (Fotonachweis) oder an anderer Stelle des Werkes mit Copyright-Angabe versehen sind.**

Die Attribution soll wie folgt lauten: einfach POLITIK: Einmischen. Mitentscheiden. Autorin: Dorothee Meyer; Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/ bpb (2025), Lizenz: CC BY-SA 4.0

Bestellnummer

9403

ISBN

978-3-8389-7273-2

**3., grundlegend überarbeitete Auflage,
November 2025**

Einmischen und Mitentscheiden

Nicht nur der Bundeskanzler oder die Bundesregierung machen Politik.
Politik ist, wenn Menschen versuchen,
gemeinsam Regeln für ihr Zusammenleben zu finden.
Politik hat auch mit Ihnen und Ihrem Alltag zu tun.

Sie machen auch Politik,

- wenn Sie sich bei Ungerechtigkeit im Alltag einmischen,
- wenn Sie sich beim Bürgermeister über kaputte Ampeln beschweren,
- wenn Sie wählen gehen.

Wie Sie sonst noch Politik machen, lesen Sie im Heft.

